

Vorbild Biden: Mit der Modern Monetary Theory aus der Krise?

Von Dirk Ehnts

Auch wenn die Coronazahlen hierzulande derzeit sinken, steht eines fest: Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden uns noch lange Zeit beschäftigen. Wie wir die schwere Rezession bekämpfen können, zeigt eindrucksvoll die US-Administration. Um die amerikanische Wirtschaft anzukurbeln, setzt Präsident Joe Biden auf eine radikal andere Politik als seine Amtsvorgänger und erhöht dafür auch die Staatsausgaben erheblich.¹ Ein gewaltiges 1,9-Billionen-Dollar-Hilfspaket verabschiedete der Kongress bereits im März, ein „grüner“ Zwei-Billionen-Infrastrukturplan soll in Kürze folgen. Das beherzte Vorgehen der USA zeigt deutlich, dass die Angst vor Defiziten und Staatsschulden – zumindest in Washington – allmählich überwunden zu sein scheint. Stattdessen herrscht dort zunehmend Optimismus vor: Für die Vereinigten Staaten erwartet Goldman Sachs ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von acht Prozent im laufenden Jahr, die Arbeitslosenquote soll bis zum Jahresende auf vier Prozent sinken. Zum Vergleich: Die deutsche Wirtschaft soll aktuellen Schätzungen zufolge im laufenden Jahr gerade einmal um gut drei Prozent wachsen.

Die kopernikanische Wende in der Politik

Verantwortlich für die rasche Erholung auf der anderen Seite des Atlantiks ist nicht zuletzt die pragmatische Entschlossenheit, mit der die derzeitige US-Regierung in kürzester Zeit wirtschaftspolitisch auf die Modern Monetary Theory (MMT) umschwenkte. Noch 2017 beschloss der damalige US-Präsident Donald Trump weitgehende Steuersenkungen (*Tax Cuts and Jobs Act*), um so vermeintlich die Konjunktur anzukurbeln. Zeitgleich ließ die US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) die Zinsen langsam ansteigen, um die angeblich zu hohe Inflation zu bekämpfen. Heute sind gänzlich andere Töne zu vernehmen: Der amtierende Fed-Präsident Jerome Powell hat wiederholt betont, die Leitzinsen niedrig halten zu wollen. Er erwartet für dieses Jahr höchstens einen vorübergehenden Anstieg der Inflation. Was wir derzeit in den USA beobachten, kommt somit einer kopernikanischen Wende in der

1 Vgl. Noah Smith, *Bidenomics: Ein neues Paradigma für eine neue Zeit*, in: „Blätter“, 5/2021, S. 57-64 sowie zu den klimapolitischen Auswirkungen: Adam Tooze, *Bidenomics: Klimawende mit angezogener Handbremse*, in: „Blätter“, 6/2021, S. 65-73.

Politik gleich, von der wir in Europa vieles lernen können: Der Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik verschiebt sich von der Geld- hin zur Fiskalpolitik. Traditionell setzt die Zentralbank den Leitzins (Geldpolitik), der Staat gibt Geld aus und nimmt es über Steuern wieder ein (Fiskalpolitik). Nun rückt der Staat ins Zentrum der Aufmerksamkeit, da er als Schöpfer der US-Währung auch das Monopol über diese innehat. Eine „politisch unabhängige“ Zentralbank hat es nie gegeben – alle Zentralbanken sind politisch. Übrigens verfügen alle Länder mit eigener Währung über ein derartiges Monopol, aufgrund dessen ihnen diese nicht ausgehen kann.

Zugleich räumt die Biden-Regierung mit einer Reihe geldpolitischer Missverständnisse auf. Das erste Missverständnis betrifft das staatliche Geld als solches. Staaten delegieren ihr Währungsmonopol in der Regel an die jeweilige Zentralbank des Landes – oder im Falle der Euro-Staaten an die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Zentralbanken, die zusammen das Eurosystem bilden. Das Eurosystem ist vergleichbar mit der Federal Reserve Bank in den USA, die ebenfalls über regionale Niederlassungen verfügt. Die nationalen Zentralbanken schöpfen Geld, wenn sie Zahlungen für den Staat durchführen.

Möchte die Bundesregierung einen Korb Äpfel von einem Brandenburger Bauern kaufen, so weist sie die Bundesbank an, in ihrem Auftrag das Konto der Bank dieses Bauers bei der Bundesbank zu erhöhen. So hat die Bank mehr Euro auf ihrem Konto bei der Bundesbank, welche in bar ausgezahlt werden können. Gleichzeitig erhöht sie den Kontostand des Bauern um die entsprechende Summe. Das Konto der Bundesregierung bei der Bundesbank, welches morgens bei null anfängt, wird belastet und dadurch negativ. Dies ist ein üblicher Vorgang und stellt aus geldpolitischer Sicht kein Problem dar. Die Regeln der Eurozone besagen allerdings, dass die nationalen Zentralbanken ihre Regierungen nicht „finanzieren“ dürfen. Daher müssen die Regierungen ihre Konten täglich ausgleichen, indem sie Steuererlöse sowie die Erlöse aus Verkäufen von Staatsanleihen auf dieses Zentralkonto transferieren. Erst dann darf die Bundesbank die Regierung wieder mit neuem Geld versorgen. Demnach sind es nicht die Steuerzahler, die den Staat „finanzieren“, sondern der Staat, der den Steuerzahlern finanzielle Mittel für etwas zur Verfügung stellt. Bevor wir Steuern zahlen können, benötigen wir Geld. Privathaushalte und Unternehmen können jedoch keine Euros produzieren. Staatsausgaben zirkulieren also in der Wirtschaft, Steuerzahlungen und Erlöse aus Staatsanleihenverkäufen reduzieren dann die Menge des staatlichen Geldes. Dies erfolgt analog zum Kino, das die Eintrittskarten ausgibt, ohne vorher welche eingenommen zu haben; vielmehr ist das Kino Schöpfer der Eintrittskarten.

Eine Zentralbank schöpft auch Geld, wenn sie den Banken gegen Sicherheiten Zentralbankgeld (Reserven) leiht. Dabei bestimmt die Zentralbank, welche Sicherheiten sie akzeptiert. Das entsprechende zusätzliche Guthaben auf dem Konto der Bank bei der Zentralbank wird immer neu geschaffen. Eine Zentralbank kann auch Anleihen von Banken und Haushalten oder Unternehmen ankaufen. Auch dabei wird der Kontostand der beteiligten

Bank erhöht, die ihrerseits das Guthaben von Haushalten oder Unternehmen erhöht, sofern sie nicht Anleihen aus eigenem Bestand verkauft hat.

All dies bedeutet, dass der Fed in den USA oder der EZB in der Europäischen Union das Geld nicht ausgehen kann – sie können Zentralbankguthaben in beliebiger Höhe für die eben erklärten Anwendungen erzeugen. Sie können dabei nicht bankrottgehen, wie auch EZB-Präsidentin Christine Lagarde immer wieder betont.² Eine Zentralbank „druckt“ also kein Geld, sondern erzeugt dieses selbst. „Digitales“ oder „virtuelles“ Geld ist also schon seit Jahrzehnten Realität.

Staatsschulden? Gibt es gar nicht!

Was aber bedeutet es vor diesem Hintergrund, und damit sind wir beim zweiten Missverständnis, wenn ein Staat sich verschuldet?

Modernes Geld – gemeint ist Geld, das der Staat für Zahlungen an sich selbst akzeptiert – ist letztlich eine „Steuerzuschrift“: Der Staat verspricht, dass wir mit seiner Währung unsere Steuerverbindlichkeiten tilgen können, und erzwingt so dessen Akzeptanz.³ Durch die Ausgabe seiner Währung versorgt sich der Staat dann mit Arbeitskräften, Gütern, Dienstleistungen und vielem mehr. Der Staat kann sein Geld theoretisch unbegrenzt in Umlauf bringen, allerdings ist dies nicht ratsam. Stattdessen sollte er seine Ausgaben an den verfügbaren Ressourcen und den gewünschten Ergebnissen ausrichten. Wenn öffentliche Zahlungen an den privaten Sektor – Haushalte und Unternehmen – dessen Steuerzahlungen an den Staat übersteigen, entstehen staatliche Defizite. Wenn weltweit Haushalte und Unternehmen gleichzeitig sparen und dadurch auch weniger Steuern abgeführt werden, ist ein staatliches Defizit somit die logische Folge. Staatliche Überschüsse bedeuten andersherum, dass der private Sektor höhere Zahlungen an den staatlichen Sektor leistet, als er von diesem empfängt. Weil die privaten Steuerzahlungen in ihrer Höhe vom Konjunkturzyklus abhängen – und dieser kurzfristig nicht von der Bundesregierung kontrolliert werden kann –, eignet sich der Budgetsaldo des Staates nicht als wirtschaftspolitische Steuerungsgröße.

Gleichzeitig verfehlt damit auch der Begriff der „Staatsverschuldung“ den Kern der Sache: Wenn Individuen sich ihrer Schulden entledigen wollen, müssen sie Zahlungen an die Gläubiger leisten. Der Staat hingegen kann das nicht: Zahlt er den Besitzern der Staatsanleihen bei Fälligkeit dieser Geld aus, so bleiben seine „Schulden“ unverändert. Neue Staatsanleihen lösen alte Staatsanleihen ab. Mit anderen Worten: Der Staat ist keine „schwäbische Hausfrau“. Er kann seine „Verschuldung“ nur dadurch reduzieren, dass er die Steuerzahlungen massiv erhöht. Zur „Schuldentilgung“ notwendige staatliche Überschüsse wären somit zwangsläufig private Defizite. Da der Staat Schöpfer der Währung ist, braucht er auf Bundesebene keine Steuern

2 Vgl. etwa ECB can't go bankrupt even if it suffers losses, Reuters, 19.11.2020.

3 Vgl. Dirk Ehnts und Michael Paetz, Die Modern Monetary Theory: Staatsschulden als Steuerzuschriften, in: „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung“, 4/2019, S. 77-89.

zur „Finanzierung“ und kann diese an anderen wirtschaftspolitischen Zielen ausrichten, etwa der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit bei den Einkommen. Der Begriff der „Staatsschulden“ ist somit unscharf und verkennt, dass zwischen Schöpfer und Nutzern einer Währung ein eklatanter Unterschied besteht. Viel sinnvoller wäre es, die aufsummierten Defizite des Staates als „Nettogeldangebot“ zu bezeichnen oder vom Bestand an Steuergutschriften zu sprechen, die sich im Besitz des privaten Sektors befinden.

Staatsausgaben: Eine Belastung zukünftiger Generationen?

Ein drittes Missverständnis betrifft die Bedeutung von Staatsausgaben. Allzu gerne wird nämlich behauptet, dass höhere Staatsausgaben kommende Generationen belasten würden. Auch Achim Truger argumentierte jüngst in den „Blättern“, öffentliche Investitionen sollten durch Kredite finanziert werden, damit zukünftige Generationen „für den Schuldendienst herangezogen werden“ könnten.⁴ Aus Sicht der MMT kann dies jedoch nicht funktionieren, denn in dieser Argumentation werden die finanzpolitische und die realökonomische Sphäre unzulässig miteinander vermischt.

Beginnen wir mit der Betrachtung von Steuerzahlungen und Staatsausgaben, zu denen auch die Zinsen auf „Staatsverschuldung“ gehören. Die Zahlungen – Zinsen, Steuern und Staatsausgaben – erfolgen alle innerhalb eines Jahres. Aus diesen Zahlungen können keine finanziellen Belastungen für kommende Generationen entstehen, denn jede Ausgabe führt zu einer gleichhohen Einnahme an anderer Stelle. Wenn also in Zukunft die Zinszahlungen des Staates steigen sollten, dann würden entsprechend in gleicher Höhe die Zinseinkommen des privaten Sektors zunehmen. Eventuelle Verteilungsprobleme müssten innerhalb einer Generation durch passende Steuersätze politisch gelöst werden, wobei diese sicherlich nicht durch die (inzwischen negativen) Zinsen auf Staatsanleihen entstanden sein werden.⁵

Auf der realökonomischen Seite verursachen öffentliche Investitionen einen Ressourcenverbrauch, da sich der Staat wie beschrieben mit Arbeitskräften, Energie, Rohstoffen, Gütern und Dienstleistungen versorgt. Das kann wirtschaftlich von Vorteil sein: Besteht nämlich signifikante Arbeitslosigkeit, können öffentliche Investitionen und Konsum zusammen steigen, weil Arbeitslose beschäftigt werden, die zuvor keine Anstellung hatten. Nur im Fall der Vollbeschäftigung müssten diese begrenzten Ressourcen dem Konsum entzogen werden. In beiden Fällen ergibt sich für den Staat damit die Möglichkeit, Ressourcen an sich zu ziehen und öffentliche Güter politisch im Sinne des Gemeinwohls einzusetzen. Insofern gibt es keine Wahl zwischen „steuerfinanziert“ oder „kreditfinanziert“. Die von Truger vorgeschlagene goldene Regel der öffentlichen Investitionen wäre ein Fortschritt gegenüber der Schuldenbremse, steht theoretisch aber ebenso auf tönernen Füßen.

4 Vgl. Achim Truger, Schuldenbremse oder: Die Abkehr von einem Dogma?, in: „Blätter“, 3/2021, S. 5-8.

5 Wesentliche Quellen der Ungleichheit sind die Entwicklung der Löhne, die Absenkung der Steuersätze, die Entmachtung der Gewerkschaften sowie der Aufstieg des Finanzsektors.

Vollbeschäftigung und Preisstabilität

Wenn Staatsausgaben dazu führen, dass wir mehr Steuergutschriften erhalten, woran soll der Staat dann seine Ausgaben ausrichten? Bisher orientiert er sich an willkürlichen Defizitgrenzen, im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) etwa an drei Prozent des BIP. In den vergangenen Jahrzehnten hielt die Bundesregierung ihre Ausgaben damit auf einem niedrigen Level, so dass nicht alle Arbeitssuchenden eine Beschäftigung fanden. Das Ergebnis sind – eine wenn auch vergleichsweise niedrige – Arbeitslosigkeit sowie ein niedriges nominales Lohnwachstum. Dies wiederum führt dazu, dass die Lohnstückkosten nur geringfügig zunehmen, was der Arbeitgeberseite entgegenkommt.

Das ist auch der wesentliche Grund für die seit Jahren vergleichsweise niedrige Inflation im Euroraum. Diese hängt im Wesentlichen von der Entwicklung der Löhne und Produktivität ab. Der Kuchen, der insgesamt verteilt wird, wächst mit der Produktivität – aber nur, wenn die Löhne auch mitziehen. Steigen die Löhne um vier Prozent und die Produktivität wächst mit zwei Prozent, dann ist der Kuchen zwei Prozent größer bei einer Kundschaft, die vier Prozent mehr Geld hat. Also werden die Preise um zwei Prozent erhöht, damit die Regale nicht vor Ende des Jahres leer sind. Da die Lohnentwicklung in den letzten Jahrzehnten relativ schwach war, erklärt dies die unterdurchschnittlichen Inflationsraten.

Über die Gehälter im öffentlichen Dienst spielt der Staat eine große Rolle bei der Lohnentwicklung. Zudem setzt er viele Preise selbst fest – zum Beispiel für den öffentlichen Nahverkehr, für Schwimmbäder, Kitas und Unis. In der letzten Tarifrunde im öffentlichen Dienst im Oktober 2020 wurden Lohnerhöhungen von 1,4 Prozent (2021) und 1,8 Prozent (2022) vereinbart. Es ist daher unwahrscheinlich, dass in Deutschland die Preise dauerhaft über diese Werte klettern. Zudem droht durch das angedachte Wiedereinsetzen der Schuldenbremse fiskalischer Gegenwind, sowohl auf Ebene der Bundesländer wie auch auf der Bundesebene.

Anstatt sich an einer willkürlich gesetzten Defizitgrenze zu orientieren, kann der Staat seine Ausgaben auch an den verfügbaren Ressourcen ausrichten, die er nachhaltig bewirtschaften möchte. Dazu gehören Rohstoffe und Energie sowie Maschinen und Arbeitskräfte. Vollbeschäftigung wird in diesem Modell dann erreicht, wenn die Ausgaben des Staats hoch genug sind. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist demnach die Folge eines Mangels an Nachfrage. Ebendies ist offenbar auch die Einsicht der Regierung Biden. Sie wartet nicht, bis die Arbeitslosigkeit von ihrem erhöhten Niveau wieder absinkt, sondern versucht, diese sofort wieder auf das Vorkrisenniveau zu reduzieren und eher noch unter diesen Wert zu bringen. Der Anteil der Beschäftigten an der US-Gesamtbevölkerung lag in den 2000er Jahren mitunter bei über 67 Prozent, der Wert sackte dann in Folge der globalen Finanzkrise von 2008 auf etwa 62 Prozent ab. Die stillen Reserven, die auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt wohl existieren – bis zu 15 Millionen Menschen zusätzlich könnten Schätzungen zufolge in die Wirtschaft integriert werden –, will die

Biden-Regierung offenkundig aktivieren. Während die bisherige Politik sie als Teil der „natürlichen Arbeitslosigkeit“ betrachtete, macht Bidens MMT-Ansatz sie wieder sichtbar.

Wir müssen unsere Staatsschuldenphobie überwinden

All diese Erkenntnisse der MMT lassen sich auch in der Eurozone anwenden.⁶ Schon im März 2020 hatte die EZB ihr Ankaufprogramm *Pandemic Emergency Purchase Programme* (PEPP) aufgelegt, und da die EU-Kommission zeitgleich den SWP – und damit die Defizitgrenzen – aussetzte, erhielten die Mitgliedstaaten der Eurozone die Gelegenheit, ihre Ausgaben an die Erfordernisse der Pandemie anzupassen.

Das ist die gute Nachricht: Die Eurozone könnte damit fiskalpolitisch so expansiv agieren wie die USA. EZB-Präsidentin Lagarde wies bereits 2019 darauf hin, dass die MMT bei der Bekämpfung von Deflation helfen könne.⁷ Auch der ehemalige Wirtschaftsweisen Peter Bofinger sieht in der MMT ein belastbares Fundament für eine fiskalpolitische Antwort auf die Krise.⁸ Anscheinend aber trauen die nationalen Regierungen der Sache nicht recht und befürchten eine Rückkehr zur Austeritätspolitik, spätestens wenn die Aussetzung des SWP zurückgenommen wird. Daher erhöhen sie ihre Ausgaben, wenn überhaupt, nur zögerlich. Damit aber drohen die fiskalpolitischen Reaktionen in der Eurozone deutlich hinter den Erfordernissen zurückzubleiben. Um aber den Anschluss an die Weltwirtschaft nicht zu verlieren, muss die Eurozone sich für die Probleme und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts rüsten.⁹ Dazu müssen wir insbesondere die Staatsschuldenphobie überwinden. Die häufig vorgebrachten theoretischen Überlegungen zur Stabilisierung der „Staatsschulden“ rund um Wachstum und Zins sind zwar richtig, nur: Warum sollten wir die Staatsschuldenquote bei irgendeinem mehr oder weniger willkürlich gewählten Wert stabilisieren?¹⁰ Dies stützt bloß das *Framing*, das „Staatsschulden“ als Problem präsentiert.

Es ist höchste Zeit anzuerkennen, dass die staatlichen Defizite keine Steuerungsvariable sein sollten. Denn eine „Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen“ hat weniger mit der Höhe der Staatsschuldenquote, sondern vielmehr mit der Unterstützung der jeweiligen Regierung durch die Zentralbank zu tun. Erfolgt diese Unterstützung, so sind auch Staatsschulden jenseits von 200 Prozent des BIP völlig unproblematisch, wie etwa das Beispiel Japan zeigt. Erfolgt die Unterstützung nicht, wiederholt sich das „griechische“

6 Vgl. Dirk Ehnts, *Geld und Kredit: Eine €-päische Perspektive*, Marburg 4/2020; Maurice Höfgen, *Mythos Geldknappheit*, Stuttgart 2020.

7 Andrew Mayeda und Katia Dmitrieva, *Lagarde Says MMT Is No ‚Panacea‘ But May Help Fight Deflation*, Bloomberg, 11.4.2019.

8 Peter Bofinger, *Coronavirus crisis: now is the hour of Modern Monetary Theory*, www.socialeurope.eu, 23.3.2020.

9 Vgl. Dirk Ehnts und Michael Paetz, *COVID-19 and its economic consequences for the Euro Area*, in: „Eurasian Economic Review“, 16.1.2021.

10 Die grundlegende Idee ist, dass die Staatsverschuldung als Anteil vom BIP sinkt, wenn der Zins niedriger ist als die Wachstumsrate.

Szenario der Eurokrise 2010 und die Regierung steuert auf den Staatsbankrott zu. Der Grund dafür damals war, dass die EZB sich weigerte, griechische Staatsanleihen aufzukaufen. Somit musste die griechische Regierung private Investoren überzeugen, dass zukünftige Steuereinnahmen ausreichen würden, um sämtliche Zahlungen (Staatsausgaben, Zinsen und Tilgung) tätigen zu können. Aufgrund der schwachen Steuereinnahmen in der Folge der Finanzkrise gelang dies nicht. Die EZB hätte jederzeit die griechische Regierung stabilisieren können, indem sie den Investoren Anleihen abgekauft hätte, so wie es heute im Rahmen des PEPP der Fall ist.

Was also müsste in der Eurozone passieren, um fiskalpolitisch umzusteuern? Die wichtigsten Schritte wären die Sicherung von Liquidität und Solvenz der nationalen Regierungen durch ein institutionalisiertes permanentes Ankaufprogramm bei der EZB, das Ersetzen der Defizitgrenzen durch Vollbeschäftigungsziele sowie die Entwicklung eines Green New Deal, dessen finanzieller Rahmen deutlich größer ausfällt als der Green Deal der EU-Kommission. Nötig wäre zudem ein anderes Verhältnis im Wirken von Staat und Privatunternehmen, wie es Mariana Mazzucato beschreibt.¹¹ Die Staatsausgaben müssten darüber hinaus, wie von der MMT gefordert, strikt am Gemeinwohl ausgerichtet werden. Dieses ist politisch immer wieder neu zu definieren und würde beinhalten, den Klimawandel zu bekämpfen, soziale Gerechtigkeit herzustellen, die Versorgung mit öffentlichen Gütern und einer öffentlichen Infrastruktur zu gewährleisten sowie – nicht zuletzt – die Rechte der Bürger*innen zu garantieren.¹²

Diese Kehrtwende kann und muss gelingen: Seit den 1970er Jahren hat die herrschende Wirtschaftspolitik erheblich zu den drängenden Problemen des 21. Jahrhunderts beigetragen – zum Klimawandel, zur grassierenden Ungleichheit sowie zu mehreren Finanzkrisen. Das geldpolitische Problem einer zu hohen Inflation wurde zulasten einer extrem ungleichen Einkommensverteilung gelöst, die Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften fiel hingegen weitgehend unter den Tisch. Demgegenüber bietet die Modern Monetary Theory ein theoretisches Fundament, um den heutigen Herausforderungen zu begegnen – fernab wirtschaftspolitischer Missverständnisse und Mythen.¹³ Die US-Regierung zeigt gerade eindrucksvoll, wie pragmatisches Handeln auf dieser Grundlage aussieht.¹⁴ Es bleibt zu hoffen, dass Europa ihrem Weg folgen wird.

11 Mariana Mazzucato, *Mission Economy: A Moonshot Guide to Changing Capitalism*, London 2021; dies., Kapitalismus nach der Pandemie, in: „Blätter“, 12/2020, S. 51-60.

12 Vgl. Kate Raworth, *Doughnut Economics. Seven Ways to Think like a 21st Century Economist*, London 2018; dies., Ökologisch und sozial: Eine Ökonomie des guten Lebens, in: „Blätter“, 5/2018, S. 97-108.

13 Vgl. Stephanie Kelton, *The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy*, New York 2020.

14 Vgl. das Interview mit dem US-Demokraten John Yarmuth, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, in dem dieser auf Grundlage der MMT argumentiert: Representative John Yarmuth on President Biden's Fiscal Year 2022 Budget Request, www.c-span.org, 17.6.2021.